



Inhalt

- Frauenbewegung - Termine
- Geschlechterfrage

Liebe Frauen,

lange Zeit war es ziemlich still geworden um die Frauenbewegung. „Feministin“ – das war schon fast ein Schimpfwort, eine Gestrige, die vergessen hatte, ihre lila Latzhose in der Altkleidersammlung zu entsorgen.

Jetzt erwacht eine neue feministische Bewegung, in der sich die alten Kämpferinnen mit ganz vielen jungen Frauen in Netzwerken zusammenfinden. Feministischer Streik ist die Losung, Proteste und Aktionen in Europa, den USA, ja auf allen Kontinenten der Erde.

Noch immer geht es um Gleichstellung, um Lohngleichheit und Karrierechancen, bessere Bezahlung in sogenannten Frauenberufen, um mehr Zeit und die gerechte Teilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Die Anerkennung unbezahlter Sorgearbeit als Basis der Gesellschaft ist dabei sehr viel stärker in den Fokus gerückt.

Die Gründe für den Widerstand sind vielfältig. Die Frauen der Welt stehen auf gegen Kriege und Fluchtursachen, für körperliche Selbstbestimmung, für ein Ende von Sexismus und Gewalt, für

die Auflösung starrer Geschlechterbilder von Mann und Frau und die Rechte all derer, die sich darin nicht wiederfinden.

Ganz wesentlich auf der Liste der Forderungen der deutschen Netzwerke für einen **Frauen*streik am 8. März** ist die Erhaltung der Umwelt und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen. Sie kämpfen gegen rechte Politik, gegen Ausgrenzung und Spaltung. Das Symbol „*“ steht für alle nicht binären Geschlechtsidentitäten.

Gesundheitsversorgung, Bildung, bezahlbarer Wohnraum und eine kostenfreie, gute soziale Infrastruktur für alle sind weitere wichtige Punkte der Agenda.

Vorbild sind die Spanierinnen. Etwa 5,3 Millionen Frauen und Männer waren am 8. März 2018 auf den Straßen und legten in einem feministischen Generalstreik das Land lahm. „Ohne uns steht die Welt still“ lautete das Motto. Auch die Gewerkschaften haben dazu aufgerufen.

Die Feministinnen in Spanien bereiten sich gerade auf den nächsten Streik vor. Renate Wapenhensch war in Valencia zum Internationalen Vernetzungstreffen für den Frauentag 2019. Über 500 Frauen haben sich dort getroffen. Renate war tief beeindruckt, wie effektiv und professionell die spanischen Kolleginnen ihre Arbeit organisieren.

Auch unsere Schwestern in der Schweizer Gewerkschaft Unia sind voll involviert. In breiten

Bündnissen rufen alle Schweizer Gewerkschafts-frauen zu einem landesweiten **Frauen*streik** für den **14. Juni 2019** auf.

Das Datum hat in der Schweiz Bedeutung. 1981 wurde an diesem Tag ein völlig unzureichender Gleichstellungsartikel in die Verfassung aufgenommen. Zehn Jahre später waren beim Frauenstreik am 14. Juni 1991 etwa 500.000 Frauen auf den Straßen für Gleichstellung, Mutterschutz und gute Kinderbetreuung, für körperliche Selbstbestimmung, gegen Gewalt an Frauen und männlich geprägte Modelle im Bereich von Wissen und Politik.

Weil diese Forderungen noch immer nicht erfüllt sind, streiken die Schweizerinnen wieder. Am 22. September 2018 demonstrierten etwa 20.000 Frauen und Männer in Bern (das ist für dieses kleine Land richtig viel!) und zeigten, dass sie bereit sind, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die internationale Frauenwelle wächst. Am **19. Januar 2019** beteiligten sich weltweit Hunderttausende **am Global Women's March**. Neben Frauenrechten lag der Fokus dieses Jahr auf Minderheiten und Rassismus.

Auch in Deutschland fanden in sieben Städten Demonstrationen statt. In Frankfurt gingen ca. 1.200 Menschen auf die Straße für ökonomische Gleichstellung, körperliche Selbstbestimmung, gegen Gewalt und Rassismus und für den Erhalt der Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen.

Die IG BAU Teamerinnen unterbrachen ihren Workshop zur Konzeptentwicklung für den Bildungsschwerpunkt „Digitalisierung und Soziale Sicherheit“ in Steinbach, um an dem Frankfurter Marsch teilzunehmen (siehe Foto). In den Medien gab es kaum Berichte über die Märsche. Das hat uns sehr erstaunt und wir fragen uns: Warum?

Im Moment häufen sich die Termine. Seit 2012 tanzen am **14. Februar** Frauen wieder für ein Ende der Gewalt gegen Mädchen und Frauen. 180 Orte und ca. 60.000 Menschen haben 2018 allein in Deutschland an **One Billion Rising** teilgenommen. Für 2019 schätzen die Organisatorinnen weltweit eine Milliarde Frauen, die sich am Tanz gegen

Gewalt beteiligen. Allein in Berlin waren es über 2.000 am Brandenburger Tor.

Am **18. März** ist wieder **Equal-Pay-Day** mit Protesten für Lohngleichheit. Es ist richtig viel in Bewegung. In Frankfurt beginnt die Aktion ab 16:00 Uhr auf dem Römerberg.

Für den **Internationalen Frauentag** bereiten Netzwerkgruppen in 35 deutschen Städten Aktionen und Demonstrationen vor. Informationen, was sich in Eurer Region bewegt, findet Ihr unter www.frauenstreik.de. Geht alle zu den Veranstaltungen und Demos, damit die Frauenwelle auch in unserem Land wächst.

Verabredet wurde als sichtbares Zeichen der Solidarität am **8. März** etwas in Lila zu tragen – ein Kleidungsstück, ein Schal oder auch nur ein Band um den Arm oder auch ein Tuch aus dem Fenster. Nach dem Vorbild der Spanierinnen soll mit Hilfe von Kochtopfdeckeln und Löffeln bei den Demonstrationen der Protest auch lautstark werden.



Die IG BAU Frauen haben bereits letzten November beschlossen, dass wir mitmachen. Am 15. Dezember 2018 traf sich eine Arbeitsgruppe, um entsprechende Aktionsideen auszuarbeiten. Die Ergebnisse haben wir Euch per E-Mail zugeschickt. Dazu gibt es neue Werbeartikel (Postkarten, Türanhänger, Buttons und Magnete) im IG BAU-Webshop. Erhältlich sind dort auch neue Taschen aus Recycling-Material mit dem Spruch „Wir lassen uns nicht ausbeuteln!“ sowie hochwertige lila Schals. Bitte bestellt umgehend über die Bezirksverbände die Materialien.

Fertig sind auch die verabredeten **Flyer zur Europawahl**, die kostenlos im Webshop erhältlich sind.

Wie im letzten Jahr wird es auch in beim IG BAU Bundesvorstand am Vormittag des **8. März** ein politisches Programm geben, und ich wünsche mir, dass ganz viele Kolleginnen und Kollegen zur Demo ab 15:30 Uhr gegenüber vom Frankfurter Hauptbahnhof mitgehen.

Das Wort „Streik“ führte im DGB-Bundesfrauenausschuss zu großen Bedenken. Wenn eine Gewerkschaft in Deutschland zum Streik aufruft, dann geht es um tarifpolitische Ziele in einem Arbeitskampf. Politischer Streik, das klingt nach Aufruhr. Detlef Hensche, der ehemalige Vorsitzende der IG Medien hat dazu einen sehr interessanten Artikel geschrieben, den wir dem Fraueninfo beilegen. Auch in der Vergangenheit hat es schon Arbeitsniederlegungen zwecks politischer Demonstrationen gegeben. Sie entsprechen geltendem Völkerrecht und die Europäische Union hat die Bundesregierung mehrfach wegen Verletzung dieses Rechts gerügt.

In unserer Satzung der IG BAU unterstützen wir diese Haltung. Dort heißt es im § 3 Ziele und Aufgaben unter dem Absatz 5:

„Die IG BAU setzt sich für ein umfassendes Streikrecht gemäß dem Artikel 6 Absatz 4 der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta, den Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ein.“

Sicher hat die Bewegung in Deutschland noch nicht die Kraft wie in Spanien, der Schweiz oder in

einigen südamerikanischen Ländern, aber es ist ein Anfang.

Ich war bei einigen Netzwerktreffen in Frankfurt leicht genervt, welche große Rolle die Frage nach geschlechtlichen Identitäten spielte. Da wünsche ich mir mehr Raum für die Probleme der Kassiererin im Supermarkt oder der Gebäudereinigerin. Dennoch finde ich es toll, dass da viele junge Frauen, die zum großen Teil nirgends organisiert sind, bereit sind, sich politisch zu engagieren.

Und die **Geschlechterfrage** geht ja weiter als nur die Anerkennung, dass wir Menschen nicht einfach in die traditionellen, heterosexuellen Bilder von Mann und Frau einordnen können. Diese engen Rollenzuschreibungen und Normierungen stecken uns in feste Schubladen. Sie ignorieren auch all die Unterschiede innerhalb eines Geschlechts. Das, was als weiblich oder männlich gilt, prägt unsere Sicht auf die Welt mit all den Folgewirkungen auf Lebenschancen.

Da gibt es einen spürbaren Aufbruch: Am 1. Januar 2019 ist eine Änderung des Personenstandsgesetzes in Kraft getreten. In der Neufassung des Paragraphen 22 Absatz 3 heißt es jetzt: "Kann ein Kind weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zugeordnet werden, so ist der Personenstandsfall ohne eine solche Angabe oder mit der Angabe 'divers' in das Geburtenregister einzutragen."

Die bloße Mann-Frau-Betrachtung der Geschlechtlichkeit im deutschen Recht ist zu Ende. Es gibt nun, ganz offiziell und amtlich anerkannt, das dritte Geschlecht. In Stellenausschreibungen steht jetzt neben männlich und weiblich noch „divers“.

Das wirft einige Fragen auf. Wie spreche ich die „Diversen“ denn an? Passt da noch „Frau Müller“ oder „Herr Maier“? Was ist mit „Sehr geehrte Damen und Herren“? Wobei für mich dabei sowohl „Sehr geehrte“ wie auch „Damen und Herren“ wie Relikte aus der Mottenkiste verstaubter Umgangsformen klingen. Brauchen wir solche Anreden überhaupt noch? Könnte ich nicht schreiben: „Liebe Greta Müller“? Da werden wir uns alle noch etwas umstellen müssen.

Die Queer-Theorie (von engl. queer = verquer, von der Norm abweichend) beschäftigt sich mit der Frage nach der sozialen Identität und ihrer Bewertung. Dabei stellt sie traditionelle Denkgewohnheiten und Denkmuster radikal in Frage. Eine der prominentesten Vertreterinnen dieser Theorie ist US-amerikanische Philosophin und Philologin Judith Butler. Sie kritisiert, dass es "die" Identität eines Menschen überhaupt gibt. Sie ist ihrer Meinung nach ein geistiges Konstrukt, also ein Element der Welt der Ideen und nicht der realen physischen Welt. Wenn wir spätestens mit der Geburt Babys in weibliche Menschen und männliche Menschen einteilen, schaffen wir damit erst eine zweipolige Geschlechtlichkeit. Dadurch wird es sozial und psychisch relevant, ob jemand der Kategorie "männlich" oder "weiblich" zugeordnet wird, womit auch bestimmte Erwartungen verbunden sind. Wer nicht in die Schubladen passt, muss mit negativen Reaktionen rechnen.

Für Butler ist Geschlechtsidentität nichts Festes, sie kann sich im Laufe des Lebens immer wieder verändern und entwickeln.

Rechte Parteien wie die AfD fürchten den Diskurs um die Zweigeschlechtlichkeit wie der Teufel das Weihwasser. Sie wollen das alte hierarchische Modell einer klaren Rollenzuweisung von Mann und Frau in der Ehe mit mindestens zwei Kindern als Norm. Wie die aussieht, zeigt sich nicht nur im Programm der AfD, sondern auch darin, dass sie bei ihren Abgeordneten im Bundestag nur einen Frauenanteil von 10,8 Prozent aufweist.

Und Horst Seehofer präsentiert stolz die Führungsriege seines Heimatministeriums mit einem Foto, auf dem nur Männer in Anzügen in die Kamera strahlen.

Die rechte ungarische Regierung hat zwei Masterstudiengänge in Geschlechterforschung verboten. Die rechte Regierung in Österreich hat die Budgets für Frauenhäuser und andere Einrichtungen für Frauen massiv gekürzt zugunsten staatlicher Mittel beispielsweise für Burschenschaften.

Die Queer-Theorie stellt die angeborene Überlegenheit und Eignung des Mannes für Führung und öffentliche Aufgaben in Frage.

Wenn Geschlecht keine feststehende Identität mehr bedeutet, erübrigt sich die pinke Invasion im Mädchenspielzimmer, die Unterscheidung zwischen Shampoo, Deo, Rasierer, Parfüm und tausenden von Produkten nach einer Klassifizierung für Frauen oder für Männer. Dann gibt es keine Berufe oder Aufgaben mehr, für die das jeweilige Geschlecht besser oder schlechter geeignet ist.

Selbstverständlich gibt es Männer und Frauen. Das stellt niemand in Frage. Vielmehr geht es darum, dass die zweipolige Kategorie "Mann" versus "Frau" nicht eine Norm bilden darf, in der alle, die nicht hineinpassen, also beispielsweise Intersexuelle, Transsexuelle, maskuline Mädchen und Frauen, feminine Jungen und Männer, homo- oder bisexuelle Menschen... den Stempel "nicht normal" aufgedrückt bekommen.

Die IGay BAU hat dafür eine einfache Lösung: „Mensch = Mensch“, unabhängig vom Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Nationalität, Hautfarbe... „Mensch = Mensch“ bedeutet Menschenrechte für alle.

Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, die 1948 von den Vereinten Nationen deklariert wurde, haben 167 Staaten unterzeichnet. Zwei Jahre hat die UN-Menschenrechtskommission unter Leitung von Eleanor Roosevelt an dieser Charta gearbeitet. Vor dem Hintergrund der verheerenden Auswirkungen zweier Weltkriege wollten die Vereinten Nationen ein Staatenbündnis schaffen, das künftige Kriege verhindert und eine gute Grundlage für ein friedliches Zusammenleben bildet.

Die Charta der Menschenrechte ist noch immer das große Leitbild, sie beinhaltet die Grundwerte für ein gesellschaftliches Zusammenleben.

Diskriminierung, Ausgrenzung und Feindbilder sind keine Alternative. Auch nicht für Deutschland. Wir erleben in unserem Land derzeit eine Verrohung und Menschenverachtung in der politischen Auseinandersetzung, die mit freier Meinungsäußerung nichts mehr zu tun hat.

Rechtspopulisten und-extremisten schüren Hass und Gewalt.

Im globalen Krieg von Reich gegen Arm erklärt die AfD die Opfer zu Sündenböcken für die drängenden sozialen Probleme. Da wird nicht gefragt, warum Menschen zu uns fliehen, wer von den Kriegen, dem Hunger und der Not profitiert. Der Widerstand richtet sich nicht gegen die Verursacher, sondern gegen diejenigen, die in der Hoffnung auf Überleben oder ein besseres Leben ihr Land verlassen und bei uns Asyl suchen.

Da wird auch nicht gefragt, woran es liegt, dass in unserem Land so viele Menschen Angst haben vor sozialem Abstieg oder keinen guten Platz in der Gesellschaft finden. Warum 45 Deutsche so viel besitzen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Der Reichtum in einem der reichsten Länder der Erde ist extrem ungleich verteilt. Daran ändert ein restriktives Asylrecht ebenso wenig wie ein unsinniger Ausstieg aus der Europäischen Union.

Ja, wir brauchen eine Alternative. Nicht nur für Deutschland. Eine Alternative zu einem System, das Profitgier und grenzenloses Wachstum beinhaltet.

Wir brauchen eine Wirtschaft, die wirklich dem Gemeinwohl dient. Wir brauchen faire Arbeit, Löhne, die ein gutes Leben ermöglichen, die Honorierung jeder gesellschaftlichen Arbeit und eigenständige, soziale Sicherheit für alle.

Wir brauchen eine nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel und einen respektvollen Umgang mit Tieren als Lebewesen. Wir brauchen den Einsatz für ein Ende der Gewalt und für ein friedliches Zusammenleben.

Wenn wir uns frei machen von dem ängstlichen Beharren, dass sich nichts grundlegend ändern darf, gibt es so viele gute Lösungen, wirkliche Alternativen. Es reicht nicht, ein bisschen an Hartz IV rumzudoktern oder den Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere um ein paar Monate zu verlängern. Wir brauchen keine Makulatur an einem maroden, menschenfeindlichen und zerstörerischen System.

Wir brauchen Menschen, die sich einsetzen für wirkliche soziale Gerechtigkeit, für die Einhaltung der Menschenrechte in ihrem Umfeld, für eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder.

All die Gründe, die die Frauen* in ihrem Streikaufruf zum 8. März aufgelistet haben, sind gute Gründe, aufzustehen und sich zu wehren.

Jede*r kann dazu beitragen!

Herzlichst
Sylvia Honsberg